Düsseldorfer Zeitung.

№ 202. Freitag den 23. Juli. 1847.

Uebersicht.

Deutschland. Berlin (Eröffnung des Jubelfestes der Bürger-Schützen-Gilde). Potsdam (der Unfall auf der Eisenbahn). Königsberg (Arbeiter-Unruhen). Köln (Ruppenthal; Fortsetzung der Uferbauten an der Weichsel). Bergheim (Tödtung durch Blitz). Koblenz (Entweichung des Moras). Trier (die Kölner Deputirten). Vom Hellwege (die Kreissynode von Unna). München (der Unfall auf den Advokaten). Nürnberg (der Dammbruch am Ludwigskanal). Heidelberg (die Denkschrift der preußischen Regierung über ein gemeinschaftliches Wechselrecht). Frankfurt (die Schweizer Angelegenheiten; Prof. Bettcher). Aus Sachsen (kein Zollkongreß). Bremen (der „Washington").
Oestreich. Wien (Abkürzung der Militärdienstzeit; Erleichterung des Paßwesens).
Frankreich. Paris (Pellapro; Teste; die Eisenbahn nach Lyon).
Großbrittanien. London (das Bisthum Manchester; der Great-Britain; Orange-Männer in Schottland).
Niederlande. Nymegen (Zusammenschaarungen gegen Vorkäufer). Tilburg (gesunde Kartoffeln). Amsterdam (ein Badehaus gesunken).
Belgien. Brüssel (die Industrie-Ausstellung; direkte Waarenbeförderung von Paris nach Preußen und umgekehrt).
Italien. Neapel (calabrische Banditen).
Schweiz. Basel (angebliche Beschimpfung der eidgen. Fahne). Chur (Versammlung der eidg. Militärgesellschaft; Gerücht von einer Collectivnote der drei Mächte an die ital. Regierungen).
China und Indien. (Der letzte Kampf mit den Engländern).

Deutschland.

Berlin, vom 20. Juli. Heute Morgen fand die feierliche Eröffnung des hundertjährigen Jubelfestes der hiesigen Bürger-Schützen-Gilde statt, wozu bereits gestern die Repräsentanten einer großen Anzahl auswärtiger Gilden hier eingetroffen waren.

Schon bei früher Weile sammelten sich auf dem festlich geschmückten Schützenplatze in der Linienstraße nach und nach die einzelnen Pelotons der verschiedenen durchgängig schön, zum Theil selbst reich und glänzend uniformirten Gilden, unter dem Zuströmen einer unabsehbaren schaulustigen Menschenmenge. In der Mitte des Platzes war eine Rednerbühne errichtet, geziert mit Festons, Laub- und Blumen-Gewinden und den Nationalfahnen in den preußischen und bayerischen Farben. Vor derselben befand sich eine weißbedeckte Erhöhung, auf der die noch verhüllten Fahnen lagen, welche als Geschenke Sr. Maj. des Königs zur Uebergabe an die betreffenden Gilden bestimmt waren. Auf den Seiten zogen sich zwei für die nächsten Theilnehmer an diesem Bürgerfeste bestimmte Tribünen hin.

Gegen 9 Uhr begann die Formirung der Gilden in Reihe und Glied, ein prächtiges in seiner Art einziges Schauspiel. Nachdem diese vollendet, begrüßten die Vorsteher der hiesigen Gilde die fremden Gäste, während die Deputationen des Magistrats und der Stadtverordneten, geführt von dem Oberbürgermeister, Geh. Reg.-Rath Krausnick, und dem Stadt-Syndikus Möwes, zugleich mit dem Prediger Blanck in der Nähe der Erhöhung und der Tribüne Platz nahmen.

Nach beendigter Begrüßung wurden die Fahnen der respektiven Gilden unter rauschender Parade-Musik und dem Präsentiren sämmtlicher Gilden aus dem Schützenhause abgeholt und bei den betreffenden Chören eingestellt. Nachdem nun sämmtliche Gilden ein Carrée gebildet hatten, verkündeten drei Böllerschüsse den Hauptakt der Feier — die Fahnenweihe.

Stadt-Syndikus Möwes und Oberbürgermeister Krausnick bestiegen nach einander die Rednerbühne und erinnerten in einer kräftigen Ansprache an die Bedeutung dieses Festes und die mit demselben in nächster Beziehung stehenden historischen Momente, die manchen großen Tag und Namen so lebendig vor die Seele führen. Prediger Blanck ertheilte hierauf die Weihe, und endlich nahm Oberbürgermeister Krausnick nochmals das Wort, um die Uebergabe der von Sr. Majestät dem Könige verliehenen Fahnen an die drei betreffenden Gilden von Berlin, Wohlau und Greifenhagen zu vollziehen und das bei dieser Gelegenheit von Sr. Maj. erlassene huldvollste Handschreiben zu verlesen, welches aus Sanssouci, den 13. Juli 1847, datirt ist. Die reich gestickte und verzierte Fahne der Berliner Gilde trägt das Stadtwappen mit der Umschrift: „Treue dem König und Vaterland und Vertrauen gibt Kraft."

Nach vollzogener Weihe und Uebergabe der Fahnen ertönten abermals drei Böllerschüsse, zugleich als Zeichen zum Abmarsch. Die Gilden defilirten vor den eben genannten Deputationen vorüber und setzten sich dann, die Berliner Gilde mit der neuen Fahne an der Spitze, nach dem in der Hasenhaide gelegenen Schießplatze in Bewegung. Die fremden Gilden schlossen sich der Berliner an.

Potsdam, vom 19. Juli. Folgendes sind einige nähere Details über den gestrigen Unfall auf der Eisenbahn. Ueber die mitfahrenden Personen hat sichtbar Gottes Hand gewaltet. In dem umgestürzten Personenwagen befanden sich sechzig Kinder, sie wurden alle übereinander geworfen, kamen aber sämmtlich unbeschädigt davon. Auf der Lokomotive befanden sich der Maschinist und der Heizer. Die Maschine erhielt durch den Tender eine Wendung, so daß der Maschinist und der Heizer über sie hinwegflogen. Der erstere ist heftig erschüttert, aber nicht erheblich beschädigt, der Letztere war ganz unbeschädigt und konnte sogleich den Dienst fortsetzen. Der Zugführer und Schaffner, welche auf der Höhe des ersten Wagens saßen, sind sehr leicht verletzt, ebenso der Packmeister, der mit seinem Packwagen umgestürzt war. In den übrigen Wagen ist nur ein Passagier am Arm verletzt, den er aus dem Fenster gehalten hatte. Woher das gekommen, läßt sich nicht ermitteln. — Die Maschine gehörte zu den am besten im Stande erhaltenen; der Maschinist ist einer der besonnensten und vorsichtigsten Beamten dieser Klasse. Allerdings würde das Unglück bei größerer Schnelligkeit im Fahren bedeutender gewesen seyn. Kein einziger der übrigens fest und trefflich gebauten Wägen ist zertrümmert; dennoch hat die Gewalt des Stoßes auffallende Beschädigung am Material hervorgebracht, z. B. eine dicke, schmiedeeiserne Wagenachse krumm gebogen.

Königsberg, vom 15. Juli. Heute Vormittag fand eine kleine Emeute unter den Festungs-Arbeitern an der Sternwarte statt. Seit längerer Zeit schon hatte die Arbeiter theils das Gerücht aufgeregt, daß eine große Anzahl von ihnen entlassen werden sollte, und namentlich die in Königsberg wohnenden, theils beschwerten sie sich wiederholt darüber, daß die Schachtmeister sie bei Berechnung und Bezahlung der ausgestochenen Erde übervortheilten. Als heute nun ein ähnlicher Fall wieder vorgekommen war, wollte der angeblich übervortheilte Arbeiter sich mit seiner Beschwerde an den kommandirenden General wenden, soll aber davon abgehalten seyn. Die Arbeiter empfingen den die Arbeit leitenden Offizier mit Pfeifen und Hurrahs, welches Schicksal die unter Anführung des Polizei-Inspektors Broscheit requirirte Polizei theilte, die sich, wie die Arbeiter erzählen, darauf zurückgezogen haben soll, ohne irgend welche Schritte zu thun oder Verhaftungen vorzunehmen.

Ernstere Unruhen sind für den kommenden Sonnabend, an dem beinahe 200 Arbeiter entlassen werden sollen, zu befürchten; die Leute sollen die Drohung geäußert haben, Keinen weiter arbeiten zu lassen und Alles zu demoliren.

(A. Pr. Z.)

Köln, vom 20. Juli. Der wirkliche geh. Ober-Justizrath Ruppenthal, zeitheriger Direktor im Justizministerium, wird fortan unser Mitbürger seyn und hat bereits hier eine Wohnung gemiethet. Hoffen wir, daß sein Augenübel gänzlich gehoben werde, daß dieser gefeierte Staatsbeamte noch lange in der Fülle der Gesundheit unter uns lebe und durch den Schatz seiner wissenschaftlichen Kenntnisse, durch den Reichthum seiner Erfahrungen zunächst seinen Standesgenossen und, wohin immerdar sein edles Streben gerichtet gewesen, durch diese uns Allen sich nützlich zu erweisen.

(Rh.-u. M.-Z.)

Köln, vom 22. Juli. Aus zuverlässiger Quelle geht uns aus Berlin die erfreuliche Nachricht zu, daß Se. Maj. der König geruht haben, auf Antrag des Hrn. Finanzministers zu genehmigen, daß, ungeachtet der befohlenen Einstellung des Brückenbaues über die Weichsel, die dortigen Uferbauten zum Schutze gegen die Ueberschwemmung der Nogat, bei denen gegen 4000 Arbeiter beschäftigt sind, fortgesetzt werden sollen. (Rh. B.)

Bergheim, vom 21. Juli. Bei dem heute Nachmittag stattgefundenen Gewitter wurden eine halbe Stunde von hier im freien Felde 5 Menschen, welche sich von Korngarben ein Schutzdach gegen das Gewitter errichtet hatten, vom Blitze getroffen. Zwei derselben blieben auf der Stelle todt, einer starb heute, der vierte hat bedeutende Wunden an beiden Beinen, der fünfte ist aber wieder ganz hergestellt.

(Rh. B.)

⁂ **Koblenz**, vom 20. Juli. Der kürzlich in Mainz arretirte Schwager Heinzen's, Moras, ist heute auf dem Transport hierhin entflohen und ist die Art und Weise seiner Flucht nicht nur sehr auffallend, sondern auch ein Indicium, daß der in Mainz in Zurückgezogenheit lebende Hr. Moras nicht ganz frei von den Bestrebungen Heinzens und Cons. ist. Als Preuße war derselbe den diesseitigen Behörden zur Disposition gestellt und sollte vorläufig auf dem Ehrenbreitstein untergebracht werden, zu welchem Ende ein Gensdarm von hier nach Mainz abgeschickt war, mit dem Auftrage, denselben heute mittelst Dampfboot hierher zu bringen. Als nun das Dampfboot „Joseph Miller" der Düsseldorfer Gesellschaft, auf welchem sich der Gensdarm mit Moras befand, heute Morgen in der Gegend von Erbach im Rheingau angelangt war, sprang Moras plötzlich über Bord in den Rhein, wo ein mit drei Menschen bemannter Nachen bereit hielt, den Flüchtling sogleich aufnahm und an das nassauische Ufer brachte. Hier wollten Schiffer den Flüchtling aufhalten, allein dessen Gefährten feuerten mehrere Schüsse gegen sie ab und kamen so in Sicherheit.*) An hiesigem Orte erwartete bereits eine ansehnliche Polizeimannschaft am Rheinufer auf Moras Ankunft, als das Dampfboot ohne ihn eintraf. Der Gensdarm war noch zurückgeblieben, um aller Wahrscheinlichkeit nach Maßregeln zur Verfolgung des Moras zu treffen.

Trier, vom 20. Juli. Die hiesige Zeitung enthält folgenden merkwürdigen Artikel: Ueber den am 16. d. den Landtagsabgeordneten Merkens und Camphausen zu Köln gebrachten Fackelzug sind uns mehrseitige Berichte zugegangen, deren Gesammtschilderung wesentlich von dem Referat der „Kölnischen Zeitung" abweicht. Wir lassen nachstehend den anscheinend wahrheitgetreuesten folgen:

Köln, 17. Juli. Unter dem Zuströmen einer unabsehbaren Menschenmenge, unter dem Donner der Böller und dem Knistern der Raketen wurde unsern Landtagsabgeordneten Herren Camphausen und Merkens gestern ein imposanter Fackelzug gebracht, — so werden die Bourgeoisie-Zeitungen, vielleicht auch der unrheinische „Beobachter" heute oder morgen berichten.

Glauben Sie aber nicht, daß der heutige Abend wirklich so ganz nach Wunsch der Geldaristokratie ausgefallen sey; aber nach der kräftigen Begrüßung Hansemanns, nach dem ehrenfesten consequenten Auftreten der 59 bedurfte man einer Demonstration um jeden Preis, einerlei, ob Liberale oder Gesinnungslose, ob gar nur von gewissen Verhältnissen abhängende Personen daran Theil nähmen. Wirklich Liberale hatten sich nun wohl nicht eingefunden, dagegen ergriff ein Schwager des einen Gefeierten die Leitung des Zuges, während Deputirte der geldaristokratischen Partie des Stadtraths, so wie der Judenschaft hülfreiche Hand boten, was allerdings den Letztern nur Ehre machen kann, da die Juden den Reden Camphausens viel zu danken haben. — Bis zehn Uhr hatten sich kaum einige sechzig Personen herbeigelassen, eine Fackel anzunehmen; durch rastlose Bemühungen, unentgeltliches Austheilen von Fackeln, Aufforderungen an alle Neugierige zur Theilnahme ohne Ansehen der Person (in unserer Stadt ein sehr seltener Fall) ꝛc. wurde obige Zahl endlich aufs Doppelte gebracht. Den Zug eröffnete nach einem Musikcorps natürlich der Gesangverein, welcher bei dem kürzlich Hrn. Hansemann gebrachten Ständchen seine Theilnahme nur unter der Bedingung stattfinden lassen wollte, daß dieselbe Ehre auch dem Hrn. Camphausen bezeigt werden solle, was aber aufs Entschiedenste zurückgewiesen wurde selbst auf die Gefahr hin, die Serenade für Hansemann ganz in Frage zu stellen.

Während sich nun der Zug in einer feierlich langsamen Weise, wahrscheinlich den besonnenen Fortschritt vorstellend, dem Holzthor näherte, wurde Pulver und Zubehör in Masse verschwendet, das Seeschiff „Hoffnung" der Dampfschleppschiffahrt, deren Präsident Hr. Camphausen ist, wurde wiederholt bengalisch erleuchtet, und wahrlich, konnte das Geld der Aristokratie Enthusiasmus hervorrufen, der Jubel müßte groß geworden seyn, so aber war keine Spur davon zu sehen, ein unheimlich drückendes Gefühl war dem Zuge aufgeprägt, aber wie konnte dies anders seyn? die beiden Gefeierten waren vor beinah drei Wochen ruhig auf ihren Comptoiren, was war der Grund, daß Ihnen nicht früher ein feierlicher Empfang bereitet war, wenn sie solchen verdienten? Scheute man die Volksstimme, die laut genug aussprach, es sey Schuldigkeit der Deputirten, die Rechte des Volks zu wahren, was gewisse Leute nicht gethan hätten, wie sie es vermochten, oder wollte man den indirekten Tadel pariren, den das Volk bei der Durchreise des entschiedenen Hansemann so klar über ein schwankendes unsicheres Hin- und Herlaviren gesprochen hatte? Wenn das der Fall, so ist der Zweck verfehlt, denn so verschieden das Auftreten Raveaux und Hansemanns von dem der gestrigen Stimmführer und Camphausens, so verschieden war die Haltung des Volks bei beiden Gelegenheiten.

Bei dem freien, unvorbereiteten Empfange Hansemanns herrschte trotz des nicht enden wollenden Hochs eine imposante Ruhe und Ordnung, die jedes Wort verstehen und zum Herzen des Volkes dringen ließ, — hier die größte Unordnung, ein schwaches Hoch, begleitet von Zischen, Pfeifen, Spott und Hohn. Die Stimme des Volks war nicht zu verkennen und wahrlich Hr. Camphausen, so wie der Feind der Industrieritter oder vielmehr Ritter der Industrie, sie hatten Beide Gelegenheit zu sehen, daß allerdings eine tiefe Wahrheit in dem „Gespenste Proletariat" schlummere, sie konnten hören, daß die in den Straßen wogenden 20,000 Proletarier wohl wußten, daß das Volk und stets nur das Volk zuletzt doch alle Kosten bezahlen müsse, wenn auch vorläufig Pulver und Champagner aus unbekannten Kassen bezahlt wurden.

Vom Hellwege, vom 17. Juli. Auf die in Nr. 197 erwähnte Adresse der Majorität der Unnaer Kreissynode ließen nun die Mitglieder derselben, welche die Adresse nicht unterzeichnet hatten, Folgendes durch den „Hellweger Bote" bekannt machen:

„Das Referat des Herrn Pfarrers Jahn in Wickede, betreffend: die von Deputirten der Kreissynode Unna an des Königs Majestät erlassene Adresse in Nr. 56 d. Bl., ist unvollständig; denn, wenn es auf der einen Seite Gründe (?) für die Unterzeichnung angibt, so fehlen solche auf der anderen Seite für die Weigerung der Unterschrift. Wir nehmen deshalb Veranlassung, unsere an Seine Majestät gerichtete Adresse, worin die Gründe unserer Weigerung angeführt sind, der Oeffentlichkeit zu übergeben. Vorab aber müssen wir bemerken, daß die von Hrn. Pfarrer Jahn mitgetheilte Adresse von der, welche in der evangelischen Kirche

*) Dem Rhein. Beob. zufolge hat eine in Bereitschaft gestandene Kutsche die Flucht beschleunigt.

verlesen wurde, sowohl den Worten wie auch dem Sinne nach, abweichend ist. Dort hieß es:

„Bei unseren Verhandlungen ward der verhaltene tiefe Schmerz über manche Vorgänge der letzten Wochen, die durch trügerische Nebelbilder den ächten Volksgeist vor Ew. Majestät Königlichem Auge verhüllen sollten, unter uns laut ꝛc. ꝛc."

wodurch den Abgeordneten absichtlicher Betrug zum Vorwurf gemacht wurde. —

Obwohl wir nicht gesonnen sind, uns mit dem Hrn. Pfarrer Jahn in einen Federkrieg einzulassen, glauben wir doch behaupten zu dürfen, daß, wenn etwas geeignet ist, die Weigerung unserer Unterschrift zu rechtfertigen, so ist es das Vorwort des Hrn. Pfarrers Jahn. Denn es enthält vier schwere unerwiesene Beschuldigungen gegen die Mehrheit der Landstände:

1) sie haben einen traurigen Religions-Indifferentismus kund gegeben;
2) sie haben schnöderweise getrachtet, dem Könige ein größeres, als das ihnen von demselben verliehene Maß von Macht und Theilnahme an der Regierung abzutrotzen.
3) sie haben bei diesem schnöden Trachten das Wohl der Provinz Preußen und des ganzen Vaterlandes hintenangesetzt;
4) sie haben darnach getrachtet, vor ganz Europa den wirklich im preußischen Volke herrschenden vertrauungsvollen Unterthanen-Geist, in ein schiefes Licht zu stellen.

Solche Beschuldigungen, die den größten Theil der Landesvertreter in religiöser, sittlicher und politischer Beziehung brandmarken, fordern Beweise, schlagende, unwiderlegliche Beweise.

Wir würden uns nach unserm tiefsten sittlichen Bewußtseyn selbst zu schänden glauben, wenn wir dieselben ohne solche Beweise erhöben, oder ihnen unsere Zustimmung gäben. Unna, den 15. Juli 1847.

Die Unterzeichner der nachfolgenden Adresse:
Allerdurchlauchtigster,
Großmächtigster König,
Allergnädigster König und Herr!

An Ew. Königliche Majestät ist am 7. d. M. von Deputirten der Kreissynode Unna eine allerunterthänigste Adresse gesendet, die wir, gleichfalls Deputirte dieser Synode, nicht unterzeichnet haben. Von unserm Gewissen gedrungen, glauben wir Ew. Majestät ehrfurchtsvoll die Gründe darlegen zu müssen, die uns bei der Weigerung der Unterschrift jener, ohne alle Vorberathung vorgelegten Adresse geleitet haben. Zunächst hielten wir eine Synode, die ihrem Berufe gemäß, ausschließlich Kirchliches zu berathen hat, nicht für befugt, sich in rein staatliche Angelegenheiten urtheilgebend einzumengen; sodann erachteten wir die Glieder derselben nicht für kundige und berechtigte Organe der Ansichten, die im Volke über die Thätigkeit und das Wirken des von Ew. Majestät ins Leben gerufenen vereinigten Landtages sich gebildet haben; und endlich hielten wir es für unchristlich, unpatriotisch und nicht zu Wunsche unsers Königs gehandelt, für irgend eine landtägige Fraction Partei nehmend, Männer, wenn auch nur andeutungsweise und zwischenzeilig, als solche darzustellen, die durch trügerische Nebelbilder den ächten Volksgeist vor Ew. Majestät Königlichem Auge zu verhüllen beabsichtigt hätten, Männer, denen Ew. Majestät selbst das Zeugniß der Unterthanen-Treue und Vaterlandsliebe nicht versagt haben.

Die aufrichtigen Wünsche für Ew. Königliche Majestät Wohl und Regiment, so wie die Versicherung unwandelbarer Liebe zu Ew. Maj. Person, die in der beregten Adresse sich ausgedrückt findet, deren Kundgebung es jedoch bei der bewährten Treue der Grafschaft Mark, nicht bedurft hätte und nie bedürfen wird, theilen wir von ganzem Herzen, als Markaner, die von ihren Vätern die Liebe zu Preußen und zu seinen erhabenen Herrschern ererbt, dieselben nimmer verläugnet haben, noch verläugnen werden, und sie in dem Kreise ihrer Wirksamkeit stets kräftiglich fördern und ungeschwächt auf ihre Nachkommen fortpflanzen werden.

Aus dem Herzen der treuen Markaner sprechen auch wir:

„Gott segne unsern theuern König!"

Ew. Majestät
unterthänigste, treugehorsamste
Brockhaus, Synodal-Scriba und Pfarrer. Müller, Pfarrer. Carl Theod. Liebermeister, Kaufmann und Kirchen-Aeltester.

Unna, den 10. Juli 1847."

München, vom 16. Juli. Der Bierwirth Kugler, welcher ein Attentat auf den königl. Advokaten Dr. Noell verübte, wurde noch gestern auf freien Fuß gesetzt. Verzweiflung und Gereiztheit gegen den Advokaten, der wegen einer Schuld Exekution anrief, während sein Weib und Kind krank darnieder liegen, scheint diesen sonst ruhigen, betagten Mann zu jenem Gewaltstreiche getrieben zu haben. Die Wunde ist durchaus nicht gefährlich. (Siehe die gestrige Zeitung.)

Nürnberg, vom 17. Juli. Unsere heutigen Blätter machen von Seiten der Canal-Verwaltung bekannt, daß die Erdarbeiten an dem Dammbruch bei Plankstetten bereits am heutigen Tage vollendet, und sofort die Füllung der entleert gewesenen Canal-Strecke erfolgte, so daß die Schiffahrt von morgen früh ihren Fortgang nimmt und auch geladene Schiffe wieder ungehindert passiren können.

Heidelberg, vom 19. Juli. Die „Deutsche Zeitung" theilt die Denkschrift der preußischen Regierung über ein gemeinschaftliches Wechselrecht mit folgenden einleitenden Worten mit: Die darin enthaltenen Vorschläge verdienen alle Berücksichtigung, verdienen unsern Dank; sie sind ein neuer Beweis von den Fortschritten, die der nach Einheit und Verschmelzung der Interessen ringende vaterländische Geist nach oben wie nach unten in Deutschland macht. Der in der Denkschrift vorgeschlagene Weg hinsichtlich der ständischen Zustimmung scheint uns für diesen Fall ganz der geeignete. Besonders zollen wir noch dem Vorschlage unsere Anerkennung, der dahin zielt, auch den dem Zollverein nicht angehörigen deutschen Staaten die Theilnahme an der Berathung, mit Verleihung einer Stimme an jeden, anheimzugeben. Die Denkschrift lautet also:

„Das Bedürfniß einer Vereinbarung zwischen den Zollvereinsstaaten über ein gemeinschaftliches Wechselrecht hat sich seit längerer Zeit vielfach geltend gemacht. Schon bei der General-Konferenz des Jahres 1836 kamen Anträge auf eine Vereinbarung über diesen Gegenstand zur Sprache. Später sind dieselben wiederholentlich, insbesondere auch noch bei der letzten General-Konferenz, dringend erneuert worden. Die Absicht der preußischen Regierung, ihre Zollverbündeten zu gemeinschaftlicher Berathung Behufs der Herbeiführung einer Gleichförmigkeit des Wechselrechtes einzuladen, hatte bisher noch nicht ausgeführt werden können, da die Erörterungen über den Entwurf eines neuen preußischen Wechselrechtes nicht hinreichend vorgerückt waren, um die Richtung und Beendigung derselben mit einiger Sicherheit übersehen zu können. Dies Hinderniß ist gegenwärtig erledigt, und die legislative Berathung des gedachten Entwurfes so weit gediehen, daß derselbe binnen Kurzem den übrigen Regierungen des Zollvereins wird mitgetheilt werden können. Um alsdann jeder unnöthigen Verzögerung der gemeinschaftlichen Berathung der Zollvereinsregierungen über ein allen gemeinsames Wechselrecht vorzubeugen, scheint es an der Zeit, schon jetzt sich mit denselben über die Art und Weise der künftigen Berathung, namentlich über die Beschickung einer für diesen Zweck zu veranstaltenden Konferenz, zu verständigen. Aus dem überall schon längst empfundenen Bedürfniß sind, außer in Preußen, auch in mehreren andern Zollvereinsstaaten, legislative Vorarbeiten über eine Wechselordnung hervorgegangen. Es darf in dieser Beziehung beispielsweise nur an den im Herzogthum Braunschweig ausgearbeiteten und bereits der Oeffentlichkeit übergebenen Gesetzentwurf und an den im Königreiche Sachsen von den Ständen auf zwei Landtagen bereits erörterten Entwurf erinnert werden. Es ist zu wünschen, daß diese beiden Entwürfe, sowie die in andern Staaten gleich weit gediehenen, oder vor dem Zusammentreten der Konferenz etwa noch zu Ende zu bringenden legislativen Vorarbeiten, eben so, wie es hinsichtlich des preußischen Entwurfes in der Absicht liegt, sobald als möglich sämmtlichen Vereinsregierungen mitgetheilt und demnächst der Konferenz vorgelegt werden, damit diese alsdann einen darunter, von ihr zu wählenden Entwurf der Berathung zu Grunde legen, dabei aber auch die übrigen Entwürfe fortwährend erwägen und berücksichtigen könne. In Preußen, wie in andern Zollvereinsstaaten wird der Emanation einer neuen Wechselordnung noch eine ständische Begutachtung vorhergehen müssen; es möchte aber weder nothwendig noch zweckmäßig seyn, das Zusammentreten der Konferenz so lange zu verschieben, bis diese ständische Begutachtung überall stattgefunden hat. Es wird vielmehr rathsam seyn, die ständische Berathung erst dann eintreten zu lassen, wenn ein gemeinschaftlicher Entwurf durch die Beschlüsse der zu veranstaltenden Konferenz festgestellt seyn wird. Allerdings werden dann die Stände der verschiedenen Staaten, wenn die Sache zu Ende kommen soll, nicht füglich Modificationen des vereinbarten Entwurfes beantragen, sondern ihr Votum nur darauf beschränken können, ob der Entwurf, sowie er vereinbart worden ist, anzunehmen oder abzulehnen sey. Es läßt sich indessen erwarten, daß die Stände, um die von allen Seiten für so wichtig gehaltene Zustandebringung eines gemeinsamen Wechselrechtes nicht zu vereiteln, sich willig in diese Lage finden und ihre Zustimmung erklären werden. In materieller Hinsicht kann in jener Beschränkung des ständischen Votums in der That auch kein Nachtheil erblickt werden. Denn bei einem so wesentlichen technischen und, wie in Preußen, so auch in andern Staaten durch die umfassendsten Vorarbeiten gleichsam erschöpften Gegenstande läßt sich nicht annehmen, daß die Ständeversammlungen, deren Mitglieder der überwiegenden Mehrheit nach mit der für die Berathung eines Wechselrechts wünschenswerthen speziellen Sachkenntniß nicht ausgerüstet sind, noch materielle Verbesserungen von Erheblichkeit in Vorschlag bringen könnten. Die Stände werden daher eine ganz richtige Stellung einnehmen, wenn sie eben nur das Gesetz in seiner Gesammtheit, in seinen leitenden Hauptprinzipien ins Auge fassen und darnach votiren, ob es im Ganzen zur Annahme geeignet sey oder nicht. Allerdings ist es denkbar, daß die eine oder die andere Ständeversammlung sich dennoch dahin erklärt, den Entwurf nur mit mehr oder minder erheblichen Modificationen annehmen zu können. Ja, es wäre sogar möglich, daß die eine oder andere der die Konferenz beschickenden Regierungen Bedenken trüge, sich den Majoritätsbeschlüssen zu unterwerfen und den daraus hervorgehenden Entwurf überhaupt ihren Ständen vorzulegen. Dadurch würde indessen, so sehr eine solche Erscheinung zu bedauern wäre, der Fortgang der Sache immer nicht gehemmt werden. Während nämlich bei den eigentlichen Zollvereins-Angelegenheiten in der Regel gar nichts geschehen kann, wenn nicht allseitige Zustimmung vorhanden ist, kann die neue Wechselordnung, wenn auch einige Staaten sich gegen dieselbe aussprechen sollten, doch unbedenklich von allen andern sofort publizirt werden, und käme dann auch wirklich kein eigentliches Vereins-Wechselrecht zu Stande, so wäre es doch schon immer ein sehr großer Gewinn, wenn wenigstens die Mehrzahl der Vereinsstaaten ein gleichförmiges Gesetz erlangte. Auch ließe sich wohl erwarten, daß diejenigen Staaten, welche etwa ein von dem vereinbarten Entwurfe abweichendes Gesetz publiziren, oder es zunächst ganz beim Alten lassen möchten, im Verlaufe der Zeit sich doch bewogen finden würden, der Majorität sich anzuschließen. Wenn nun aber auch den die Konferenz beschickenden Regierungen nicht die Verpflichtung auferlegt werden kann, die Konferenz-Beschlüsse unbedingt als bindend zu betrachten, so ist doch immer ein Fortgang der Berathung nicht möglich, ohne daß über streitige Fragen wirklich durch Abstimmung Beschlüsse gefaßt werden. Deshalb ist es nothwendig, über das Stimmverhältniß eine Vereinbarung zu treffen. Am einfachsten möchte es seyn, bei der Wechselrechts-Konferenz eben so abzustimmen, wie bei den gewöhnlichen Generalkonferenzen des Zollvereines, nämlich so, daß 11 Stimmen geführt werden, und zwar von Preußen, Baiern, Sachsen, Würtemberg, Baden, Kurhessen, Großherzogthum Hessen, dem Thüringen'schen Vereine, Braunschweig, Nassau und Frankfurt. Aus der Beschränkung der Konferenz auf nur 11 Stimmen würde indessen durchaus nicht folgen, daß dieselbe auch nur aus 11 Mitgliedern bestehen dürfte. Die Erfahrung hat gezeigt, daß über die so schwierige Materie des Wechselrechtes eine Berathung nur dann wahrhaft fruchtdringend seyn kann, wenn an derselben nicht blos Beamte, sondern auch kaufmännische Sachverständige Theil nehmen, und deshalb würde es den einzelnen Staaten zu überlassen seyn, bei der Konferenz sich nicht blos durch Justiz- oder Administrativbeamte, sondern daneben auch durch kaufmännische Deputirte vertreten zu lassen. Für Preußen z. B. kann es sogar wünschenswerth seyn, in der Versammlung nicht blos das Wechselrecht des Allgemeinen Landrechtes, sondern auch das des in der Rheinprovinz geltenden Französischen Gesetzbuchs vertreten zu sehen. Immer aber würde die Deputation jeder Regierung, wenn sie auch aus zwei oder mehr Mitgliedern bestände, bei der Abstimmung nur Eine Stimme abgeben können. Wie diese Stimme innerhalb jeder Deputation sich bilden soll, würde jede Regierung für sich zu bestimmen haben. Den Regierungen der dem Zollvereine einverleibten, aber bei der Revenuen-Vertheilung wie auf den gewöhnlichen Generalconferenzen durch andere Staaten vertretenen Staaten möchte, so weit sie es wünschen, wohl überlassen werden können, die Konferenz durch einen an der Berathung, aber nicht an der Abstimmung Theil nehmenden Kommissarius zu beschicken. So wie es auf der einen Seite denkbar ist, daß einzelne Zollvereinsstaaten, wenigstens für den Anfang, das von der Mehrzahl vereinbarte Wechselrecht nicht annehmen, so wäre es andererseits auch möglich, daß einzelne, außerhalb des Zollvereins stehende deutsche Staaten sich dem Wechselrechte anzuschließen geneigt wären. An sich könnte dies nur für einen großen Gewinn erachtet werden, und innere Gründe, die Maßregel auf den Zollverein zu beschränken, sind in der That nicht vorhanden. Indessen dürfte es doch angemessen seyn, mindestens zunächst die ganze Angelegenheit nur als eine Zollvereinssache und nicht als eine allgemeine deutsche Angelegenheit zu behandeln, da sonst, wenigstens über die Art und Form der Berathung, das Stimmverhältniß u. s. w., große Bedenken und Weitläuftigkeiten entstehen möchten. Insofern daher bei den übrigen Zollvereinsstaaten, deren Aeußerung hierüber die preußische Regierung sich erbittet, der Vorschlag Beifall finden sollte, auch den übrigen deutschen Staaten (Oestreich, Hannover, Oldenburg, Holstein, Schaumburg-Lippe, Hamburg, Bremen und Lübeck) die Theilnahme an der Konferenz anheimzugeben, wobei alsdann jedem dieser Staaten, welcher der Konferenz beitritt, wohl eine Stimme eingeräumt werden müßte, so dürfte es doch immer angemessen seyn, zunächst innerhalb des Zollvereins sich über den Ort, die Zeit, die Art und Weise der Berathung, sowie über das Stimmverhältniß zu einigen und erst dann die andern deutschen Staaten einzuladen, an einer Berathung in der festgestellten Art und Weise Theil zu nehmen. Erwünscht würde es der preußischen Regierung seyn, möglichst bald die Ansichten ihrer Zollverbündeten über die vorstehend angeregten Gesichtspunkte kennen zu lernen, um dadurch zu weiteren Vorschlägen, insbesondere über den Ort (wobei wohl vorzugsweise die größeren Wechselplätze in Betracht kommen würden) und die Zeit der zu veranstaltenden Konferenz in den Stand gesetzt zu werden. — Berlin, 20. Februar 1847."

⊚⊚ Frankfurt, vom 19. Juli. Nach einem in hiesigen Kreisen umlaufenden Gerüchte wäre es nicht unwahrscheinlich, daß in Kürze bei der deutschen Bundesversammlung ein königl. sardinischer Gesandter akkreditirt würde, welcher zeitweilig, wie vor mehreren Jahren Graf Rossi, zu Frankfurt seine Residenz nehme. Bekanntlich wurde zu jener Epoche die Mission des befragten Diplomaten durch die Schweizer Wirren veranlaßt, welche die Nachbarstaaten zu gemeinschaftlichen Maßregeln, um sich gegen die schlimme Seuche sicher zu stellen, vermüssigten. Man vermeint nun, die heutige Lage der Schweiz böte mancherlei Analogien mit jener Epoche dar; die Nachbarstaaten aber würden ihr eine besondere Aufmerksamkeit zu schenken um so weniger umhin können, als Hrn. Ochsenbeins Eröffnungsrede der Tagsatzung sehr peremptorisch laute.

In diesen letzten Tagen passirte unsere Stadt ein östreichischer General, der gleich bei seiner Ankunft eine längere Besprechung mit dem Hrn. Bundespräsidialgesandten hatte und am folgenden Morgen wieder abreiste, um sich, wie es hieß, nach dem Vorarlberg zu begeben und daselbst ein Truppenkommando zu übernehmen. Auch diesem Vorgange legt man in hiesigen Kreisen eine gewisse Bedeutsamkeit mit Hinsicht auf die Schweizer Zustände bei, zumal man wissen will, im Vorarlberg sey ein Truppencorps von 20,000 Mann zusammen gezogen, um in der Eventualität gebraucht zu werden.

Herr Professor Böttcher hätte sich nun demnächst, sagt man, eines definitiven Bescheides von Seiten des Bundestags in Betreff der Schießbaumwolle zu gewärtigen. Zwar soll sich nach den Berichten der Mainzer Prüfungs-Kommission dieses Präparat als unbrauchbar für militärische Zwecke erwiesen haben; gleichwohl würde dem Erfinder eine bedeutende Schadloshaltung für die der Kommission zu den behufigen Experimenten gelieferten Belange des Präparats zuerkannt werden.

Aus Sachsen, vom 15. Juli. Auf die Denkschrift, welche vor einigen Monaten von Seite einer großen Anzahl Industrieller hier und im übrigen Lande an die Regierung gerichtet wurde, um deren Vermittelung für die nothwendige Reform des Zollvereins-Tarifs nachzusuchen, ist vor Kurzem eine Resolution der betreffenden Regierungen erfolgt, welche auf eine Entscheidung der in jener berührten Punkte nicht eingeht, worin weder etwas verweigert, noch zugesagt wird, und aus der sich nur als positiv entnehmen läßt, daß in diesem Jahre ein außerordentlicher Zolltag nicht stattfinden wird. (Nordd. Bl.)

Bremen, vom 18. Juli. Die hannov. Zeitung enthält folgende Erklärung der Passagiere des Washington:

„Zur Beruhigung der Freunde und Angehörigen der Passagiere, welche sich am Bord des Dampfschiffes Washington, der am 25. Juni Bremen verließ, nach New-York eingeschifft haben, und welche über die unerwartete Rückkehr dieses Schiffes am heutigen Tage nach Southampton in Sorge seyn sollten, diene folgender zuverlässiger Thatbestand.

„Nachdem der Washington die Reise von Bremen bis Southampton in etwa 46 Stunden zurückgelegt hatte, blieb derselbe vom 27. Juni bis 10. Juli in Southampton, um einige Verbesserungen in den Maschinen vorzunehmen, und Kohlen einzunehmen. Am 10. d. Mts., Nachmittags 4 Uhr, verließ der Washington die Rhede von Southampton. Bald nach der Abfahrt zeigte sich eine nachtheilige Einwirkung der in Southampton eingenommenen Anthracit-Kohlen auf das Eisen des Rostes; da aber die am Bord noch anwesenden Lieferanten der Kohlen darüber alle mögliche Beruhigung ertheilten, so setzte man bis 2½ Uhr nach Mitternacht die Reise fort. Nun aber zeigte sich, daß es unmöglich war, mit diesem Heizungsmaterial die Reise fortzusetzen, denn der Rost war bereits zerstört, und ein neueingesetzter angegriffen. Daher ließ der Capitain, wie hart es für einen so bewährten Seemann auch seyn mochte, wenden, und wir gingen gegen drei Uhr Nachmittags wieder vor Southampton vor Anker.

„Die Gesellschaft ernannte ein Comite, um sich Gewißheit über die wirkliche Sachlage zu verschaffen. Neun Herren aus der Gesellschaft wurden in den Ausschuß gewählt, und in der gehaltenen ersten Sitzung ergab sich folgendes Resultat, gestützt auf Inspektion der Maschinen, auf die vor dem Comite deponirten Aussage des Capitain Hewitt, des ersten Ingenieurs Smith und des Hrn. Stephens, Mitdirektors der Gesellschaft:

„1) Der in Zeit von 12 Stunden zerstörte Rost hatte von New-York bis Bremen und wieder bis Southampton gedient, ohne beschädigt zu seyn, da man während der Reise

von New-York nach Southampton mit amerikanischen Kohlen, und von letzterem Hafen bis Bremen und zurück mit den gewöhnlichen englischen Kohlen heizte.

„2) Die Kessel waren durch die Flammen durchaus nicht angegriffen. Hieraus erhellte, daß eine in den Anthracit-Kohlen, welche man in England eingenommen, enthaltene Substanz die zerstörende Kraft auf den Rost ausgeübt hatte, und nicht der Grad der angewandten Hitze. Dazu ergab eine Inspektion der Küche des Schiffes, daß auch hier dieselbe Kohle dieselbe Wirkung auf den Rost des Feuerheerdes gehabt hatte, indem derselbe bald zerstört war.

„Ein am Bord anwesender französischer Ingenieur bestätigte dem Ausschusse diese Ansicht nach vorheriger genauer Untersuchung. Der Washington wird nunmehr wieder 4 bis 5 Tage gebrauchen, um einen neuen Rost herzustellen, und die zuletzt eingenommenen etwa 250 Tons Anthracit-Kohlen gegen die gewöhnlichen englischen Kohlen zu vertauschen. Von letzterer Gattung waren zuerst etwa 500 Tons an Bord genommen, und das fehlende Quantum durch Anthracitkohlen, welche besser erachtet wurden, ersetzt worden. Da die gewöhnliche Bituminous (englische Kohle) sich für den Gebrauch während der Fahrt des Washington von hier nach Bremen und zurück hinlänglich bewährt hat, so kann auch in Zukunft diese Sorte zur Heizung der Maschinen ohne Nachtheil angewendet werden.

„Trotz dieser mannigfachen Unfälle, welche dieses schöne Schiff bei seinem ersten Eintritte in seine Wirksamkeit betroffen, kann das Vertrauen zu demselben nicht vermindert werden, am Wenigsten zu dem Capitain desselben, welcher sich unter allen Umständen als ein erfahrener und äußerst sorgfältiger Seemann und als ein Charakter gezeigt hat, der das höchste Vertrauen einflößt.

„Möge dieses deutsch-amerikanische National-Unternehmen nicht vor diesen ersten Hindernissen zurückschrecken; möge ihm dieselbe Theilnahme der beiden am Meisten betheiligten Nationen und aller Derer ungeschwächt bleiben, die Theil an nationalen Unternehmungen von so folgenreichem Umfange nehmen.

„Southampton, den 11. Juli 1847, Nachmittags 4 Uhr. Im Namen der Passagiere am Bord des Steamers Washington, abgesandt von J. B. Behrmann von New-York, Karl Buff von Bremen, G. H. v. Schröder von München."

Oestreich.

Wien, vom 16. Juli. Die Regierung macht nun mittels eines Circulars bekannt, daß Se. Maj. der Kaiser angeordnet hat, daß auch in diesem Jahr mit Bezug auf die herabgesetzte Militärdienstzeit, Begünstigungen für die schon länger Dienenden einzutreten haben. Es werden demnach alle in den Jahren 1836, 1837, 1838 und 1839 gestellten Soldaten entlassen; auch jene genießen diese Begünstigung, die sich nach Ablauf der ersten Dienstzeit auf weitere 14 Jahre entweder freiwillig, oder (als Einstandsmänner) wieder anwerben ließen, und die erste Dienstzeit in dieser Periode vollbrachten. Selbst Rekrutirungsflüchtlinge, die ex officio in den Jahren 1832 und 1833 abgestellt wurden, weiter Selbstverstümmler, die ab instantia losgesprochen und mit 14jähriger Capitulation in den Jahren 1834 und 1835 abgestellt wurden, erhalten heuer ihre Entlassung. Ja sogar erwiesene Selbstverstümmler, die nach dem Gesetz lebenslänglich zu dienen verpflichtet wären, erhalten ihren Abschied, wenn sie 25 Jahr und länger dienen; ganz gleich mit diesen sind nach 25jähriger Dienstzeit zu entlassen, die, welche wegen mehrmaliger Desertion lebenslänglich dienen müßten. Hingegen jene Soldaten, die wegen erster Desertion die halbe Capitulation als Strafe nachzudienen hätten, können entlassen werden, wenn sie mit Ende Dezembers d. J. 4 Jahre der Strafzeit vollendet haben. Auch auf alle Ausländer erstreckt sich unter gleichen Modalitäten diese Begünstigung. Daß eine so huldvolle Anordnung des Kaisers alle Unterthanen mit dem freudigsten Dank erfüllt, ist wohl außer allem Zweifel; am größten ist die Wohlthat für jene Unglücklichen, welche die Dienstzeit verwirkt hatten, und nun mit einemmal sich durch die allerhöchste Gnade von ihrer Strafe entbunden sehen. — Vermöge neuester Anordnung der königl. Polizeioberdirektion kann sich jeder hier Ansässige einen Passirschein auf die Dauer eines ganzen Jahrs, ohne Beschränkung oder nähere Angabe des Reiseziels für die ganze östreichische Monarchie ausfertigen lassen — gewiß eine höchst dankenswerthe, viel Zeit ersparende Anordnung. Es wäre nur zu wünschen, daß auch die so häufigen als lästigen Visitirungen bei den Mauthämtern beseitigt, oder wenigstens auf eine einzige ein für allemal beschränkt würden. (A. Z.)

Frankreich.

Paris, vom 20. Juli. In der Nacht vom 18. zum 19. d. traf Hr. Pellapra in Paris ein und hat sich gestern Nachmittag im Luxemburg-Gefängniß gestellt. Die Verhandlungen wegen dieses Angeklagten dürften schwerlich länger als einen Tag dauern. (J. d. Deb.)

Der Kanzler-Präsident ruft im „Moniteur" die Pairs „in schwarzem Beinkleid, Hut und Degen" für Freitag den 23. Juli 11 Uhr zusammen, um Hrn. Pellapra zu richten.

Teste befindet sich sehr leidend im Conciergerie-Gefängniß. Seine Gattin hat auf Lösung der Gütergemeinschaft angetragen. Ein Antrag, ihn nach St. Pelagie zu transportiren, ging nicht durch.

Die Pairskammer bewilligte, trotz der Protestationen Dubouchage's, Boissy's, einen Kredit von 200,000 Fr. für die Julifeier mit 98 gegen 4 Stimmen.

Die Deputirtenkammer setzte die artikelweise Diskussion der Lyoner Bahn fort.

Großbrittanien.

London, vom 19. Juli. Unterhaus-Verhandlungen. Der Gegenstand der Tagesordnung war abermals die Manchester-Bisthums-Bill, deren Comiteberathung wieder aufgenommen werden sollte. Dem widersetzte sich Herr Escott, welcher das Ministerium wegen der Unterstützung, die es dieser (den Radikalen und Dissenters sehr verhaßten) Bill angedeihen läßt, heftig angriff und erklärte, er werde sich allen durch den parlamentarischen Geschäftsgang ermöglichten Formen bedienen, um die Verwerfung der Bill herbeizuführen. Er beantragte, das Haus solle zum Rest der Tagesordnung übergehen. In demselben Sinne sprechen Sir W. Molesworth, Hr. Actionby, Trelawny und Collett, welche hauptsächlich hervorhoben, daß nicht eine Vermehrung der Bischöfe, sondern nur des Parochialklerus Noth thue, daß das Volk, welches der eigentliche Eigenthümer der Kirchengüter sey, die vorgeschlagene Verwendung eines Theils derselben sehr feindlich aufnehme. Lord J. Russell dagegen vertheidigte die Bill: sie sey nur ein Theil eines großen Planes zur vergrößerten Wirksamkeit der Kirche, eines schon seit 1835 von den verschiedenen Regierungen befolgten Systems von Anstrengungen zur Reformirung der Kirche und Abschaffung der darin bestehenden Mißbräuche. Nachdem hierauf die Herren Osborne und Duncombe Hrn. Escott angerathen, seinen Antrag zurückzuziehen, schreitet das Haus ohne Abstimmung zur Comiteberathung, jedoch nicht ohne daß die radikalen Mitglieder den festen Entschluß geäußert, dieselbe unablässig und bei jeder Clausel zu bekämpfen und in ihrem Gange aufzuhalten.

Die Manchester-Bisthums-Bill kann übrigens noch sehr bedeutsame Ereignisse herbeiführen. Wenn nämlich Sir J. Graham, der eine eigenthümliche Stellung in dieser Debatte eingenommen — er unterstützt zwar die Gründung des Bisthums Manchester, bekämpft aber die Stiftung drei neuer anderer Bisthümer, womit er den Dissenters schmeichelt, während er zugleich auch die Rechte der Hochkirche wahrgenommen, indem er behauptet, daß, falls die Regierung die Bisthümer doch stifte, dieselben auch mit einem Sitze im Oberhause versehen seyn müßten — wenn also Sir J. Graham, sagen wir, seine Meinung als Amendement formulirt und zur Abstimmung bringt, so kann die Regierung leicht gezwungen werden, entweder die Bill ganz zurückzunehmen — und damit verliert sie wieder den Anspruch auf hochkirchliche Stimmen in den Wahlen, denen zu lieb sie die Bill eingebracht — oder sie muß die Bill so modifizirt sehen, daß in dieser Session ihr Durchgehen nicht mehr gut möglich ist. So viel ist übrigens sicher, bei den Dissenters schadet der Regierung diese neue Begünstigung der Hochkirche sehr und Lord J. Russell wird es beim Poll seiner Zeit schon gewahr werden, wie übel man ihm im demokratischen Lager dies Buhlen mit der Hochkirche nimmt. Denn die öffentliche Meinung fängt überhaupt an, die Frage der Staatskirche und aller Staatsdotationen für klerikale Zwecke sehr eifrig zu besprechen. So sagt z. B. heute der Globe: „So viel Wählerversammlungen drängen in ihre Kandidaten, Verbindlichkeiten gegen Dotirung des katholischen Klerus und jeglicher Sekte überhaupt einzugehen, daß es ganz klar ist, daß die Frage der Dotationen der Cultusdiener eine von großer Wichtigkeit wird. Die Meinung herrscht nun vor, daß alle Sekten vom Staate dotirt werden müssen oder keine. Katholiken dürfen nicht besteuert werden, um irischen Presbyterian-Geistlichen oder englischen protestantischen Dissenters oder schottischen Episcopalen ein sogenantes regium donum geben zu können. Hingeleitet ward die öffentliche Meinung auf diesen Gegenstand offenbar durch die Controverse in der Erziehungsfrage."

— Die Vorbereitungen zum Heraufheben des „Great Britain" sind so weit gediehen, daß bei der herannahenden Springfluth der Versuch, das verunglückte Schiff 3 bis 4 Fuß emporzuheben, dann seinen Kiel zu untersuchen, die schadhaften Stellen auszubessern und es somit flott zu machen, einen günstigen Erfolg verheißt. Der Versuch wird am nächsten Dienstag, Mittwoch oder Donnerstag gemacht werden — da an diesen Tagen die Springfluth am höchsten seyn wird. Voraus läßt sich der Tag nicht sicher bestimmen, da erst die Richtung des Windes und andere Umstände abgewartet werden müssen.

— Der 12. Juli ist in Schottland nicht ruhig verlaufen; denn die Orangemänner hielten überall, wo irische Arbeiter beschäftigt sind, ihre verhöhnenden Aufzüge, in Folge deren es an mehreren Orten zu ernstlichen und blutigen Schlägereien kam.

Niederlande.

Nymegen, vom 19. Juli. Es zeigt sich hier im Allgemeinen eine Auflehnung gegen das Aufkaufen von Kartoffeln u. a. für englische Rechnung. Vorigen Samstag wurde ein Schiffer mit Stockschlägen angefallen, und mußte sich zuletzt in der Nacht vor der aufgeregten Volksmenge in einen Keller flüchten. Obgleich diese Zusammenrottung durch die Behörden auseinandergetrieben wurde, so war doch heute die Aufregung gleich groß gegen die Aufkäufer von Butter und Kartoffeln, die, um ernsten Unruhen vorzubeugen, von der Polizei unter Schutz genommen wurden. Die Ruhe wurde hierdurch nicht gestört.

Der Preis des alten und neuen Roggens ist 9—10 fl. per Malter.

Tilburg, vom 19. Juli. Seit einigen Tagen erzählte man, die Kartoffeln wären wiederum von einer Krankheit befallen. In Folge dieserhalb angestellter genauer Untersuchungen hat sich ergeben, daß zwar in Folge der außerordentlichen Hitze, die man seit einigen Tagen gehabt hat, das Laub der Frühkartoffeln gelb, und durch den Regen jetzt faul geworden, daß die Kartoffeln aber unversehrt, und gut von Geschmack, und in Betreff der Menge und Größe nichts zu wünschen übrig lassen; während gleichzeitig an den Spätkartoffeln, die durch die Trockenheit etwas gelitten, keine Spur von Krankheit zu entdecken ist. (Amstd. H.)

Amsterdam, vom 20. Juni. Das schöne Badehaus im Rokin ist gestern Abend unter Wasser gesunken. Das Unglück entstand dadurch, daß eines der beiden Schiffe, worauf das Haus ruhte, durch irgend einen Zufall einen Leck bekam, wodurch das Wasser in das Schiff drang und in so kurzer Frist, daß es ein Glück war, daß sich in diesem Augenblick kein Badender darin befand.

Belgien.

Brüssel, vom 21. Juli. In der Gewerbe-Ausstellung war gestern ein so ungeheurer Zudrang von Besuchern, daß die Eingangs-Thüre wiederholt geschlossen werden mußte und daß man im Innern des Gebäudes unter der ungeheuern Menschenmasse eine ungeheure Hitze auszustehen hatte. Es sind übrigens so viele und so ausgezeichnete Produkte der belgischen Industrie ausgestellt, daß viele Tage mit weniger Gedränge dazu gehören, ehe der Besichtiger einigermaßen einen Ueberblick gewinnen kann.

— Seit dem 15. d. werden auf der Eisenbahn Waaren von Paris nach Aachen und Köln und umgekehrt transportirt, ohne daß dieselben umgeladen werden und ohne daß der zu Paris beladene Waggon einen Augenblick die Schienen bis zu seiner Ankunft in Preußen verläßt.

Italien.

Neapel, vom 2. Juli. Kaum ist der König von Neapel von seiner Rundreise nach Sicilien und Calabrien zurück, so treffen hier täglich Gerüchte aus Calabrien ein, daß sich ganze Haufen calabrischer Bauern zu Banditenbanden zusammenrotteten. Von Nocera aus soll bereits Militair hingeschickt worden seyn. Die Fama gibt die Zahl der Banditen auf 700 an.

Reisende, die von Sicilien zurückkommen, versichern allgemein, daß die Gemüther dort in der höchsten Spannung sich befänden; man erwarte allgemein, daß der heil. Vater bald eine Constitution geben werde. Der Statue des Königs in Messina wurden nächtlicher Weile die Ohren mit Baumwolle zugestopft, was eine große Menge gaffenden Volkes um sie versammelte und vergebliche Untersuchungen hervorrief. In Neapel selbst halten die ewig schlagfertigen Schweizer und die sorglose lebenslustige Stimmung des Volkes alle Unzufriedenheit nieder. (Ztg. H.)

Schweiz.

Basel, vom 16. Juli. Mit bekanntem aristokratischen Hochmuth hat die Basler Zeitung am Tage der Abreise der eidgenössischen Fahne diese verhöhnt und einen „Fetzen Tuch" genannt, mit welchem Kinder spielen. Nun bringt die gestrige National-Zeitung folgende Einladung: „Alle Bürger und Einwohner in Basel, welche gestern der eidgenössischen Schützenfahne das Ehrengeleit gegeben haben, sind höflichst eingeladen, heute Abend um 7 Uhr in der Safranzunft zu einer Besprechung der gegen den Schmähartikel der gestrigen Basler Zeitung zu treffenden Maßregeln zusammenzukommen. Ebenso sind auch andere Männer, welche die vaterländische Fahne nicht der öffentlichen Verachtung preisgeben wollen, zu dieser Versammlung eingeladen."

Basel, vom 17. Juli. In Baselstadt gibt sich ein eidgenössischer Sinn kund, den man in andern konservativen Städten umsonst sucht. In der wegen der Basler Zeitung (s. oben Basel) auf der Safranzunft abgehaltenen sehr zahlreichen Versammlung herrschte eine Stimmung, die sich durch einen Besuch bei Herrn Heußler (Redakteur der Bas. Z.) Luft machen wollte. Dem Herrn Rathsherr Oswald hauptsächlich gelang es, diesen Eifer etwas zu mäßigen. Es wurde ein Ausschuß von 15 Männern ernannt, der vom Redakteur der Bas. Z. einen Widerruf seiner Schmähungen gegen die eidg. Fahne verlangen sollte. Entspricht der Verfasser des schändlichen Schmähartikels der Aufforderung nicht, so soll er nach dem Beschlusse der Versammlung fur ehr- und wehrlos erklärt und diese Erklärung dem eidg. Schützenverein in Glarus zugestellt werden, um sie von der dortigen Volkstribüne herunter öffentlich verlesen zu lassen. Weitere Beschlüsse hat sich die Versammlung vorbehalten. Die Unterhandlungen mit Herrn Heußler waren im besten Gange, als der Präsident des konservativen Vereins dazu kam und dieselben unterbrach. Herr Heußler hatte den Kompaß wieder verloren. Auf gestern Abends war eine zweite Versammlung ausgeschrieben. Die gestrige Bas. Z. enthält eine Erklärung des Herrn Heußler, die aber schwerlich befriedigen dürfte. Er habe sich nur über „die Art von Verehrung der eidg. Fahne aussprechen wollen, welche neben Schmähungen gegen eidgen. Stände, gegen Tagsatzung und Bund bestehe, zu Aufreizungen mißbraucht werde u. s. w."

Basel, vom 18. Juli. Aus der Nationalzeitung vom Sonnabend werden Sie bereits ersehen haben, welche Aufregung der Inhalt der Basler Zeitung über die Feierlichkeiten bei Abgang der eidgenössischen Schützenfahne veranlaßt hat, und ich beeile mich, Ihnen den Schluß dieses Dramas mitzutheilen. Wie die Nationalzeitung vom Sonnabend zeigt, so war auf diesen Abend 6 Uhr eine zweite Versammlung angekündigt, welche ernste Besorgnisse erregte, da die Gemüther noch gereizter waren als Tags zuvor. Der kleine Rath versammelte sich Nachmittags, beschränkte aber seine Maßregeln auf Erlassung einer Proklamation, worin er die freie Meinungsäußerung in Schutz nahm, ernstlich vor Störungen der öffentlichen Ruhe und Ordnung warnte und den festen Willen aussprach, Zuwiderhandelnde nach der ganzen Strenge der Gesetze zu bestrafen. Diese Proklamation wurde der bereits begonnenen Versammlung mitgetheilt und diese beschloß: in einer von den Anwesenden unterzeichneten Erklärung ihre ganze Verachtung für den Verfasser des Artikels (Alt-Rathsherr Heußler) auszusprechen und ihn als des Schweizernamens unwürdig anzusehen. Diese Erklärung wurde nach Glarus geschickt, wo sie den versammelten Schützen von der Rednerbühne verlesen werden soll. Nach Abfassung dieses Beschlusses zerstreute sich die Versammlung und der Vorhang fiel! (Fr. J.)

Chur, vom 15. Juli. Gestern Nachmittag ist die eidgenössische Fahne des Offiziervereins von Winterthur kommend hier eingetroffen, begleitet von etwa 60 Offizieren von

Zürich, St. Gallen, Bern, Argau, Waadt, Thurgau, Appenzell und Glarus. Morgen findet die Sitzung des Vereins unter dem Präsidium des Generals von Donats statt. Der Zweck dieser eigenössischen Militärgesellschaft ist ein rein militärischer, namentlich gute Waffenbrüderschaft und Gemeinsinn für das eidgenössische Wehrwesen zu fördern, so wie den zur Hebung desselben von den Militärbehörden anzuordnenden Mitteln durch thätiges Mitwirken Vorschub zu leisten. Jede andere Tendenz aber soll der Gesellschaft fremd bleiben. Um den Zweck der Gesellschaft zu heben und erreichen zu helfen, hat die Vorsteherschaft dafür zu sorgen, daß jeweilen einige Mitglieder durch Arbeiten von allgemein militärischem Interesse die Gesellschaft unterhalten. Die Beschlüsse der eidgenössischen Militärgesellschaft, welche in der Form von Gesuchen den obersten Militärbehörden eingereicht worden sind, haben, wenn auch nur mittelbar, bereits ihre Früchte getragen; so wird die neue Militärorganisation und die schnelle Einführung der Perkussionsgewehre in der eidgenössischen Armee zum Theil dem Wirken der Militärgesellschaft zugeschrieben. Von den eingetroffenen Offizieren scheint wohl die Mehrzahl entschieden der liberalen Partei anzugehören; die jüngern, namentlich die Waadtländer, sollen sich schon ziemlich kriegslustig ausgesprochen haben. Man ist begierig, wie es unter solchen Umständen bei dem morgenden Vereinsessen mit der Bestimmung gehalten werden wird, daß alle politischen Toaste und Reden zu vermeiden seyen. Die meisten der anwesenden Offiziere begeben sich von hier direkt zum Freischießen nach Glarus. Hier eingelangten Privatnachrichten zufolge sollen Rußland, Oestreich und Preußen eine gemeinschaftliche Note an sämmtliche italienische Regierungen gerichtet haben, worin diese vor Abänderungen der Verfassungen ihrer resp. Staaten aufs ernstlichste gewarnt werden. In Turin habe diese Note große Sensation erregt und im Schooße des Ministeriums zu lebhaften Berathungen Anlaß gegeben.

In Parma ist die Stimmung noch immer eine sehr bedenkliche; Beamte selbst aus den höheren Kreisen zeigen sich der Partei der Bewegung wenigstens nicht abgeneigt. Während in Parma die Aufführung der von Rossini zu Ehren Pius IX. componirten Hymne nicht gestattet werden wollte, wurde dieselbe in Mailand drei Abende hintereinander im Teatro della Scala gegeben. Als das Publikum eine vierte Wiederholung verlangte, wurde bemerkt: es sey um eine dreimalige Aufführung nachgesucht worden, und dabei habe es zu verbleiben. Das Parterre begann zu pfeifen und zu klopfen — hierauf wurde das Theater geschlossen, und damit hatte die Sache ein Ende. (A. Z.)

China und Indien.

Das „Journal des Debats" enthält Nachrichten aus Canton vom 23., aus Hong-Kong vom 25. Mai. Die Geschäfte in Canton standen still. Haufen von Unzufriedenen versammelten sich vor Key-Ing's Wohnung und drohten, sein Haus in Brand zu stecken, wenn er das von den Engländern verlangte Terrain diesen überlassen sollte. Der zur Besichtigung des Terrains abgeordnete Engländer, Hr. Poye, mußte sich zurückziehen; die Unsicherheit der Faktoreien war größer, als je. Man sieht einer neuen Expedition gegen Canton entgegen und glaubt, daß sie blutiger seyn wird als die erste. Das Kriegsdampfschiff „Pluto" liegt den Faktoreien gegenüber, und ein anderes, der „Scout" hat Befehl erhalten, sich Canton möglichst zu nähern.

Die Nachrichten aus Indien (Bombay?) geben bis zum 12. Juni. Dost-Mohamed war in seine Hauptstadt zurückgekehrt und sein Streit mit den Ghilzie-Häuptlingen beendigt.

Börsen-Nachrichten.

Berlin, vom 17. Juli. Die heute abgelaufene Woche ist dem Aktienverkehr im Allgemeinen wieder sehr günstig gewesen, weil die Course bei guten Umsätzen eine fernere, mitunter bedeutende Steigerung erfuhren. Daß unsere Börse, wie bereits im vorigen Bericht erwähnt, an Selbstständigkeit zunimmt, davon liefern uns die fallenden Renten-Course aus Paris den sichersten Beweis; denn diese so wenig, wie niedrigere Notirungen aus London, konnten die günstige Tendenz verdrängen; sie wurden kaum beachtet. Es ist kein wildes schwindelndes Treiben der Course, wie wir es früher häufig im Aktienverkehr erlebten, sondern ein ruhiges Geschäft, veranlaßt durch verschiedene Geld-Anlagen und zwar hauptsächlich durch Ankäufe für Rechnung unserer Provinzen, welche so vielfache Gelegenheit haben, sich von dem Prosperiren der Eisenbahnen zu überzeugen, und deshalb sehr geneigt sind, ihre Kapitalien in dergleichen Aktien anzulegen. — Insbesondere bleiben wieder alle Arten Prioritäts-Aktien lebhaft gesucht, und konnte heute sogar das Bedürfniß für einzelne Gattungen nicht befriedigt werden; dazu gehören Niederschl. 5proz. bis 102½ pCt. bezahlt und Geld und Berlin-Hamb. 4½ pCt. 101½ pCt. Geld; für beide Aktien fehlten heute Abgeber, und es ist zu erwarten, daß man sich zu anderen gleich sicheren 5proz. Prioritäts-Aktien, als Potsdam-Magdeburger à 101½ pCt., Kosel-Oderb. à 102½ pCt. und Steele-Vohwinkel wenden wird; der Cours der letzteren von 100½ pCt. scheint nur empfehlenswerth. Auch 4proz. Prioritäts-Aktien bleiben steigend; Niederschl. bis 103½ pCt., Potsdam-Magdeburger bis 93½ pCt., Rheinische Stamm-Prior. bis 92½ pCt. bezahlt und Geld; in anderen dergleichen Aktien geht wenig um, da solche selten angeboten werden. Von Stamm-Aktien blieb der Umsatz in Köln-Minden sehr lebhaft; der Cours stieg heute bis 98 pCt., und es zeigten sich selbst dazu nur wenig Abgeber; die Meinung für diese Bahn ist äußerst günstig, daher auch die Contremine sich beeilt, die früheren Blanco-Verschlüsse zu decken. Dies ist jedenfalls die Haupt-Veranlassung zu der jetzigen raschen Steigerung, doch ist der Begehr nach vollen Aktien in kleinen Posten so anhaltend, daß solche noch immer etwas höher als 100proz. Quittungsbogen, die nur in größeren Posten coursiren, bezahlt werden müssen. Nächstdem zogen Berlin-Stettiner Eisenbahn-Aktien durch die vermehrten Einnahmen und den sich steigernden Personen-Verkehr die Aufmerksamkeit der Spekulanten und Kapitalisten auf sich, in Folge dessen deren Cours auch schnell von 113 bis 115½ pCt. gestiegen ist. Der Umsatz darin wäre vielleicht bedeutender gewesen, wenn die Inhaber sich nicht so zurückhaltend zeigten. Für Niederschl. Mark. zeigte sich vielseitiger Begehr, und auch diese Aktien stiegen von 90 à 91½ pCt. Potsd.-Magdeb., bis 103½ pCt. bezahlt, sind in großen Posten gesucht, in kleineren Posten aber häufiger offerirt. Wie man vernimmt, soll ein Abkommen zur Uebernahme der Magdeburg-Leipz. Eisenbahn auf dem Wege des Ankaufs bereits zu Stande gebracht seyn, und binnen kurzem wird zur definitiven Beschlußnahme eine außerordentliche General-Versammlung von der Potsd.-Magdeb. Direktion angeordnet werden. Es scheint, als wären Berlin-Anhalter durch dies vorerwähnte circulirende Gerücht etwas in den Hintergrund gedrängt, denn die Frage nach diesen Aktien hat sich sehr vermindert, und der Umsatz darin beschränkte sich nur auf kleine Partieen; die Aktien Litt. A. sind von 119½ à 118½ und Litt. B. von 107½ à ¼ Proz. gewichen. Alle übrigen Stamm-Aktien sind gesucht und besser als in voriger Woche bezahlt. Rheinische von 86½ à 87½ Proz., Halle-Thüringer von 96½ à 97½ Prozent, Düsseldorfer 104½ bez. u. Geld. In Berlin-Hamburger kein Geschäft; der Cours blieb heute 108½ Brief ohne Nehmer. Kiel-Altona 112 bezahlt u. Bef., Rotterdamer bis 109½ Proz. und abwärts bis 108 bez. Oberschlesische Bahnen Litt. A. bis 108½, Litt. B. bis 102½ Proz. bez. u. Brief. Auch für einzelne Quittungs-Bogen zeigte sich mitunter Regsamkeit; so wurden Posen-Stargard bis 83½ Proz., Magdeb.-Wittenb. bis 86½ Prozent, Aachen-Mastricht bis 84½ Proz. bezahlt. Friedrich-Wilhelm's-Nordbahn, bei starken Umsätzen bis 73½ Proz. bezahlt, richten sich nach der Frankf. a. M. Börse; man begreift so eigentlich nicht, weshalb diese Aktien so weit zurückgeblieben, nachdem es bekannt ist, daß diese Verbindungsbahn mit dem ursprünglichen Bau-Kapital nicht nur vollkommen ausreicht, sondern nicht einmal das ganze Kapital verbrauchen wird.

Wir kommen nun zu unseren preuß. Fonds und müssen vor allen Dingen der am 15. d. M. erschienenen preuß. Bank-Antheile in Obligationen à 1000 Rthlr. erwähnen. Dieses Effekt hat sich schon dadurch einen guten Eingang verschafft, daß deren Cours, nachdem vor Erscheinen bereits bedeutende Umsätze darin stattfanden, in steigender Haltung geblieben ist. Wir wollen hier die näheren Gründe nicht entwickeln, welche für eine fernere Beliebtheit dieses Effekts sprechen; nur so viel möchten wir andeuten, daß bei der sorgfältigen, höchst regelmäßigen und gedeihlichen Verwaltung der preußischen Bank, bei der vorzüglichen Sicherheit und bei den zu erwartenden Erleichterungen im Verkehr wohl eine anderen auswärtigen Banken gleiche Rentabilität zu erwarten steht. Daß jetzt die Bank-Antheile noch nicht in so feste Hände gekommen sind, als es vielleicht in kurzer Zeit geschehen wird, liegt in der Neuheit des Effekts selbst; und wenn der Umsatz nicht so lebhaft geworden, wie man erwarten durfte, so hat dies seine Ursache in der jedenfalls nur scheinbaren Schwierigkeit der Transactionen. Eine große Leichtigkeit ist den Besitzern durch das den Aktien bei der Emission beigefügte Schema zu Cessionsbogen, wonach man jeder Aktie ein Blanquett beifügen kann, bereits vorgezeichnet, und ist somit der Weg angebahnt, auf welchem man einen natürlichen Modus bei den Cessionen leicht auffinden wird. Es dürfte wohl hinreichend seyn, zu bemerken, daß auf den Bank-Antheilsscheinen selbst kein Kapital, sondern nur auf den beigefügten Coupons Dividenden erhoben werden können, also die Gefahr bei etwaniger Entwendung oder durch Verlieren einer Obligation nicht größer ist, als bei andern au porteur ausgestellten Staatspapieren. Man hält auch daher die erste beglaubigte Cession und das erste beglaubigte Accept für genügend, um die Antheilsscheine dann mit dem ersten Vermerk der preußischen Bank, in blanco gerirt, weiter coursiren zu lassen. Bei Emission der Bank-Antheile am 15. war deren Cours 108½ Proz., und so blieben sie auch heute gesucht; mit Prämie pr. Dezember ist à 112.4 Proz. Mehreres gekauft worden.

Preußische Staatsschuldscheine 93½ Proz. bezahlt, Prämienscheine 91 Rthlr. Geld.

Im Wechsel-Geschäft blieb es die ganze Woche hindurch sehr belebt; die meisten fremden Valuten hielten sich begehrt und steigend; insbesondere Hamburg in k. S., Frankfurt a. M., Wien, London, Paris und Amsterdam 2 Monat.

Der Geldstand ist außerordentlich befriedigend. Diskonto à 4 Proz. willige Nehmer.

Kunst-Verein
für die
Rheinlande und Westphalen.

Die diesjährige Kunstausstellung beginnt mit Sonntag den 20. Juni d. J. in dem Saale der Kunstakademie. Sie ist von Morgens 11 Uhr bis Nachmittags 5 Uhr geöffnet.

Der Eintrittspreis beträgt an Wochentagen à Person 5 Sgr., an Sonntagen bezgl. 2½ Sgr. — Außerdem können auch Personal-Eintritts-Karten für die ganze Dauer der Kunstausstellung à 1 Thlr. gelöset werden.

Nicht-Einheimischen ist auch außer den vorgedachten Stunden der Zutritt zu der Kunstausstellung gegen ein Eintrittsgeld von 10 Sgr. für die einzelne Person und von je 7½ Sgr. für mehrere sich gleichzeitig Meldende gestattet, zu welchem Ende man sich an den Kastellan des Akademie-Gebäudes wenden wolle.

Kataloge werden an der Kasse zu 1½ Sgr. und die Nachträge dazu gratis ausgegeben.

Düsseldorf, den 17. Juni 1847.

Der Verwaltungsrath.

Anzeigen.

Bekanntmachung.

Der Unterricht für die Sonntagsschule der St. Andreaspfarre wird von Sonntag den 25. d. M. ab um 9 Uhr Morgens beginnen.

Anmeldungen zur Aufnahme können bei dem Lehrer Herrn Stapper (Neustraße Nr. 307) angebracht werden.

Düsseldorf, den 21. Juli 1847.

Der Oberbürgermeister,
v. Fuchsius.

Bekanntmachung.

In den Nächten vom 9. auf den 10. und 13. auf den 14. d. M. sind aus den Kellern dreier verschiedener Häuser hiesiger Stadt, unter erschwerenden Umständen, die nachbezeichneten Gegenstände gestohlen worden:

1) 9 Flaschen Wein, mit der Etikette „Hochheimer 1842er"; 2) 8 bis 10 Flaschen theils rothen, theils weißen Wein; 3) 4 Hauskäse; 4) 3 Schwarzbrode; 5) 2 Maaß grüne Erbsen; 6) 1 steinerner Topf mit 20 Pfund Butter; 7) 1 Edamer Käse; 8) 1 Pfund Wurst und 9) 3 bis 4 Flaschen rother Wein.

Ich ersuche alle diejenigen, welche über die Diebe oder über den Verbleib der vorbezeichneten Gegenstände Auskunft geben können, solche an mich gelangen zu lassen.

Düsseldorf, den 16. Juli 1847.

Der Oberprokurator, Schnaase.

[337] Ein erfahrener Kaufmann, im rüstigsten Alter sucht zur Begründung eines Engros-Geschäfts einen qualifizirten Theilhaber. Desfallsige Offerten unter lit. C. D. Nr. 2 besorgt die Exped. d. Bl.

Bekanntmachung.

Am 4. d. M., Nachmittags gegen 4 Uhr, ist im Stationsgebäude der Cöln-Mindener Eisenbahn hierselbst eine werthvolle Tabaksdose von Silber, vergoldet, von länglich viereckiger Form, etwa 3 Zoll breit und 1 Zoll hoch, auf deren Deckel sich in einer goldenen, mit dem Namen Johann Peter Thiel beschriebenen Kapsel eine Uhr befindet, entwendet worden.

Ich ersuche alle diejenigen, welche über den Diebstahl oder den Verbleib der gestohlenen Uhr Auskunft ertheilen können, solche an mich gelangen zu lassen.

Düsseldorf, den 16. Juli 1847.

Der Oberprokurator, Schnaase.

Verdings-Anzeige.

Es sollen für die Infanterie- und Artillerie-Kaserne hierselbst mehrere hundert Fuß Dachrinnen, Abfallröhren nebst Zubehör von Zink durch öffentlichen Verding beschafft werden, wozu

am 24. d. M., Vormittags 9 Uhr,

ein Termin in dem Bureau der unterzeichneten Garnison-Verwaltung anberaumt worden ist, woselbst auch die Bedingungen und Proben täglich von 8 bis 12 Uhr Vormittags zur Ansicht ausgelegt sind. Tüchtige, cautionsfähige Unternehmer werden zu diesem Termin zur Abgabe ihrer Forderungen hiermit eingeladen.

Düsseldorf, den 11. Juli 1847.

Königl. Garnison-Verwaltung.

Das zu Düsseldorf auf der Elberfelderstraße unter Nr. 760 gelegene dreistöckige Wohnhaus nebst Hintergebäude, Hof und Garten, grenzend mit den Seiten an Mächenschein und Farina und hinten an den botanischen Garten ist ganz oder theilweise zu vermiethen und gleich zu beziehen. Dasselbe enthält außer der Einfahrt 4 geräumige Keller, 23 Zimmer und 3 Speicher, und ist jede Etage mit einer Pumpe versehen. Auch ist das Haus nebst Zubehör zu verkaufen.

Nähere Auskunft ertheilt

Notar Otto.

Hafer-Verkauf.

Mittwoch den 28. Juli 1847,
Vormittags 9 Uhr,

sollen auf Ansuchen des Wirthes Herrn Hassel, in dessen Wohnung zu Urdenbach, ungefähr 750 Scheffel Hafer, in Partien zu 6 Scheffeln, öffentlich auf Kredit gegen Bürgschaft an den Meistbietenden verkauft werden.

Der Hafer kann in der Wohnung des Herrn Hassel in Augenschein genommen werden.

Benrath, den 17. Juli 1847.

Paniel, Notar.

1 Thlr. Belohnung.

[331] Auf dem Wege vom Karlsplatz über die Hochstraße durch das Latterthor nach der Grünstraße sind 50 Pfd. Kaffe in einem Salzsack verloren gegangen, dem redlichen Finder wird einen Thaler Belohnung zugesichert. Näheres in der Expedition d. Bl.

Rheinische Dampfschiffahrt.
Kölnische Gesellschaft.

Von **Düsseldorf** täglich Morgens 9½ Uhr nach **Duisburg, Wesel** und **Arnheim**, im Anschluß an den letzten Zug nach Amsterdam.
„ **Arnheim** täglich Morgens 6 Uhr nach **Wesel, Düsseldorf** und **Köln.**
„ **Düsseldorf** Abends 6 Uhr nach und oberhalb **Köln.**
„ **Köln** Morgens 5¼ Uhr nach **Mainz,** im Anschluß an den letzten Zug nach Frankfurt.
„ **Köln** Morgens 7 Uhr nach **Arnheim,** im Anschluß an den letzten Zug nach Amsterdam.
„ **Köln** 9¼ Uhr Morgens nach **Coblenz,** im Anschluß an die ersten Züge von Aachen und Hamm.
„ **Köln** Abends 9½ Uhr nach **Mannheim,** im Anschluß an die letzten Züge von Belgien und Hamm.

Nähere Erkundigungen am Rhein und Elberfelderstraße Nr. 762.

Düsseldorf im April 1847.

Um das Publikum vor Täuschung zu bewahren und mich selbst vor möglicher Gefährdung des guten Rufs meiner Spielkarten zu schützen, mache ich hierdurch bekannt, daß nur diejenigen Spielkarten,

welche auf den Umschlägen sowohl, als auf der Trefflie-Dame meinen Namen v. d. Osten enthalten,

aus meiner Fabrik hervorgegangen sind, alle übrigen dagegen, die nicht meine Firma führen, aus der hier kürzlich etablirten Fabrik stammen; sowie, daß binnen Kurzem die Aushängeschilder mit der bloßen Ankündigung „Stralsunder Spielkarten" nicht immer den Beweis liefern, daß daselbst die meinigen zu haben sind. — Auch sehe ich mich um so mehr zu dieser Bekanntmachung veranlaßt, da dem Vernehmen nach jene Fabrik in der äußern Ausstattung ihr Fabrikat dem meinigen möglichst ähnlich fabrizirt.

Stralsund, im Juli 1847.

L. v. d. Osten.

Dem wohlmeinenden Freund N. N. meinen Dank, mit der Bitte, statt 5, 6 nur 1 anzugeben, aber nicht schriftlich, sondern mündlich. Gerne möchte ich dem innigsten Wunsche nachkommen.

Ein gebrauchter Phaeton, in gutem Zustande, ist billig zu verkaufen. Näheres bei Herrn Schmitz im Mainzer Hofe.

[338] Ein wissenschaftlich gebildeter Mann wünscht sich an einer Buchhandlung zu betheiligen. Gef. Offerten unter Lit' A. B. Nr. 1 übernimmt die Exped. d. Bl.

Großes Schützen-Zelt.

Heute Donnerstag den 22. d., 5½ Uhr Abends:

Großes Concert,

ausgeführt von der
Düsseldorfer Musikgesellschaft,
unter Leitung des Herrn Direktors Riecke,
und vom Musikkorps des
Königlichen 5. Ulanen-Regiments,
unter Leitung des Hrn. Kapellmeisters Braun.

Die heute ausgegebenen Programms enthalten das Nähere.

Zu zahlreicher Theilnahme ladet ergebenst ein

A. H. Cürten.

Haus- und Schlafröcke

zu 2 Thlr. und höher, gewebte Unterhosen zu 20 Sgr., lederne zu 2 Thlr., ferner dänische Damenhandschuhe, das Paar zu 5 Sgr., Glace in allen Farben zu 8 Sgr., für Herren zu 10 Sgr., für Kinder 5 Sgr. bei

W. Lindemann, Flingerstraße.

(Hiebei Blätter für Scherz und Ernst Nr. 52.)

Redacteur: L. Stahl.
Druck und Verlag der Stahl'schen Buchdruckerei.